



## **Unterausschuss Bergbausicherheit**

### **6. Sitzung (öffentlich)**

15. März 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Antje Grothus (GRÜNE)

Protokoll: Anna-Lena Donges, Miriam Hufschmidt

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |  |          |
|----------|--|----------|
| <b>1</b> | <b>Finanzierung der Ewigkeitskosten durch die RAG-Stiftung</b>   | <b>3</b> |
|          | Bericht der RAG Aktiengesellschaft   |          |
| <b>2</b> | <b>Vorstellung des Gutachtens zu Beschleunigungsmöglichkeiten bei Genehmigungsverfahren der mitteltiefen und tiefen Geothermie in Nordrhein-Westfalen (Präsentation s. Anlage 1)</b> | <b>4</b> |
|          | Bericht<br>der Landesregierung<br>Vorlage 18/2045  |          |
| <b>3</b> | <b>Arbeit der Schlichtungsstellen Bergschaden Nordrhein-Westfalen im Jahr 2023 (Präsentationen s. Anlagen 2 und 3)</b>   | <b>5</b> |
|          | Bericht des Bereichs Steinkohle<br>Bericht des Bereichs Braunkohle   |          |

<b>4</b>	<b>Jahresbericht der Bergbaubehörde 2022</b>	<b>6</b>
	Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1987	
<b>5</b>	<b>Folgekosten des Braunkohlentagebaus in NRW</b>	<b>7</b>
	Bericht der Landesregierung Vorlage 18/2365	
<b>6</b>	<b>Genehmigungsanträge für Braunkohlentagebaue Garzweiler II und Hambach</b>	<b>8</b>
	Bericht der Landesregierung Vorlage 18/2251 Vorlage 18/2364	
<b>7</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>9</b>

## **1 Finanzierung der Ewigkeitskosten durch die RAG-Stiftung**

Bericht der RAG Aktiengesellschaft

Der Unterausschuss Bergbausicherheit hatte die RAG Stiftung und die RAG Aktiengesellschaft zu diesem Tagesordnungspunkt eingeladen. Die RAG Stiftung war der Einladung nicht nachgekommen.

Für die RAG AG berichteten Herr Grigo und Herr Löchte von der Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e. V. dem Ausschuss.

Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

**2 Vorstellung des Gutachtens zu Beschleunigungsmöglichkeiten bei Genehmigungsverfahren der mitteltiefen und tiefen Geothermie in Nordrhein-Westfalen** (*Präsentation s. Anlage 1*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2045

Das Gutachten der Landesregierung wird durch Herrn Dr. Elgeti vorgestellt.

Nachfragen der Mitglieder des Unterausschusses werden von der Staatssekretärin und dem Gutachter Dr. Elgeti beantwortet.

**3 Arbeit der Schlichtungsstellen Bergschaden Nordrhein-Westfalen im Jahr 2023** (*Präsentationen s. Anlagen 2 und 3*)

Bericht der Schlichtungsstelle Steinkohle

Bericht der Schlichtungsstelle Braunkohle

Die Vertreter der beiden Schlichtungsstellen Bergschaden, Herr Bormann und Herr von der Heide, berichten dem Unterausschuss über die Arbeit im Jahr 2023.

Nachfragen der Mitglieder des Unterausschusses werden beantwortet.

#### **4 Jahresbericht der Bergbaubehörde 2022**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1987

Der Unterausschuss Bergbausicherheit entscheidet, den Jahresbericht der Bergbaubehörde 2022 von der Tagesordnung abzusetzen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 14. Juni 2024 zu nehmen.

## **5 Folgekosten des Braunkohlentagebaus in NRW**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2365

Die Landesregierung hat einen schriftlichen Bericht zugeleitet, der als Vorlage 18/2365 verteilt wurde.

Es schließen sich Nachfragen an.

**6 Genehmigungsanträge für Braunkohlentagebaue Garzweiler II und Hambach**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2251  
Vorlage 18/2364

Die Landesregierung hat dem Landtag einen schriftlichen Bericht zugeleitet, der als Vorlage 18/2251 verteilt wurde. Hierbei handelt es sich um eine Zuleitung aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie vom 25. Januar 2024.

Zudem wurde ein aktualisierter Bericht der Landesregierung als Vorlage 18/2364 verteilt. Dies ist ein ergänzter schriftlicher Bericht zur „Genehmigungssituation des Tagebaus Inden II“.



## **7 Verschiedenes**

Es gibt keine Wortbeiträge unter diesem Tagesordnungspunkt.

gez. Antje Grothus  
Vorsitzende

## **3 Anlagen**

22.03.2024/03.05.2024



Das Diagramm zeigt einen Querschnitt durch die Erde mit einer Stadtlandschaft an der Oberfläche. Drei verschiedene Geothermie-Systeme sind dargestellt: links ein System mit mehreren horizontalen Bohrungen in einem flachen Reservoir, in der Mitte ein System mit einer vertikalen Bohrung, die bis zu einem Reservoir in mittlerer Tiefe reicht, und rechts ein System mit einer vertikalen Bohrung, die bis zu einem Reservoir in großer Tiefe reicht. Ein zentraler Textfeld überlagert das Diagramm.

## Beschleunigungsmöglichkeiten bei den Genehmigungsverfahren der mitteltiefen und tiefen Geothermie

**Ergebnisse des Rechtsgutachtens im Auftrag des MWIKE NRW  
Sitzung des Unterausschusses Bergbausicherheit**

Dr. Till Elgeti, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht

# Auftrag und Ziele des Gutachtens

## Masterplan Geothermie:

- Erschließung/Umsetzung von Geothermie in NRW soll ganzheitlich beschrieben und vorangetrieben werden
- Ziel: Beschleunigung der notwendigen Zulassungen
- Grundlage für Beschleunigungsvorschläge: Rechtsgutachten



# Auftrag und Ziele des Gutachtens

- Beschleunigung und Effizienzverbesserung i. R. d. Zulassung von Aufsuchungs- und Gewinnungsvorhaben
  - Nur: mitteltiefe und tiefe Geothermie (Bergrecht)
- Möglichkeiten nach geltender Rechtslage
- Beschleunigungspotenzial durch Rechtsänderungen
- Methodik
  - Behördeninterviews mit 7 deutschen Bergbehörden
  - Auswertung verfügbarer verbandlicher Stellungnahme und bestehender Leitfäden/Handreichungen,
  - gutachterliche Erfahrung
- Diskussion der Ergebnisse und Lösungsansätze mit dem Auftraggeber



# Aufbau des Rechtsgutachtens

- I. Zusammenfassung der Ergebnisse
- II. Ausgangslage und Prüfungsauftrag
- III. (Rechtliche) Grundlagen
- IV. Behördeninterviews,  
Verbändepositionen, Erfahrung
- V. Beschleunigungsmöglichkeiten inkl.  
Bewertung

Insgesamt 152 Seiten



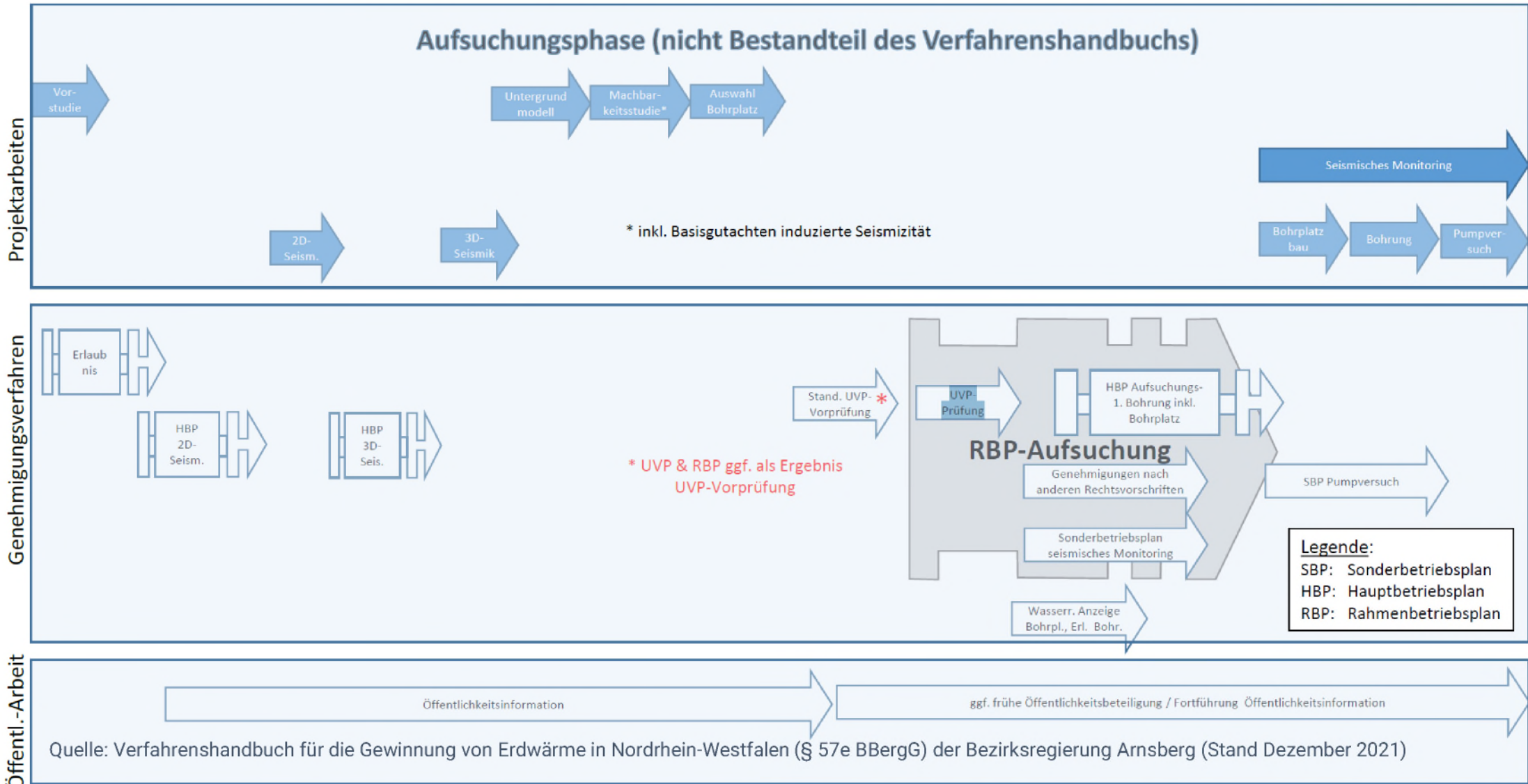
# Rechtliche Grundlagen

- Erdwärme kann Bodenschatz nach dem Bergrecht sein
  - Verleihung als Berechtsam (= „Grundstück“ für das Vorhaben)
- Aufsuchung und Gewinnung von Erdwärme erfordert eigene Zulassung
  - Betriebsplan (Rahmen-, Haupt- und Sonderbetriebspläne = „Baugenehmigung“ für das Vorhaben)
  - Ab 1.000 m Teufe ggf. Umweltverträglichkeitsprüfung
  - In der Regel keine Konzentrationswirkung, daher zusätzlich wasserrechtliche Erlaubnis (Gewässerbenutzung), Einvernehmen nach Standortauswahlgesetz und ggf. naturschutz- sowie baurechtliche Zulassungen erforderlich



# Schematischer Ablaufplan mit wichtigsten Genehmigungsverfahren

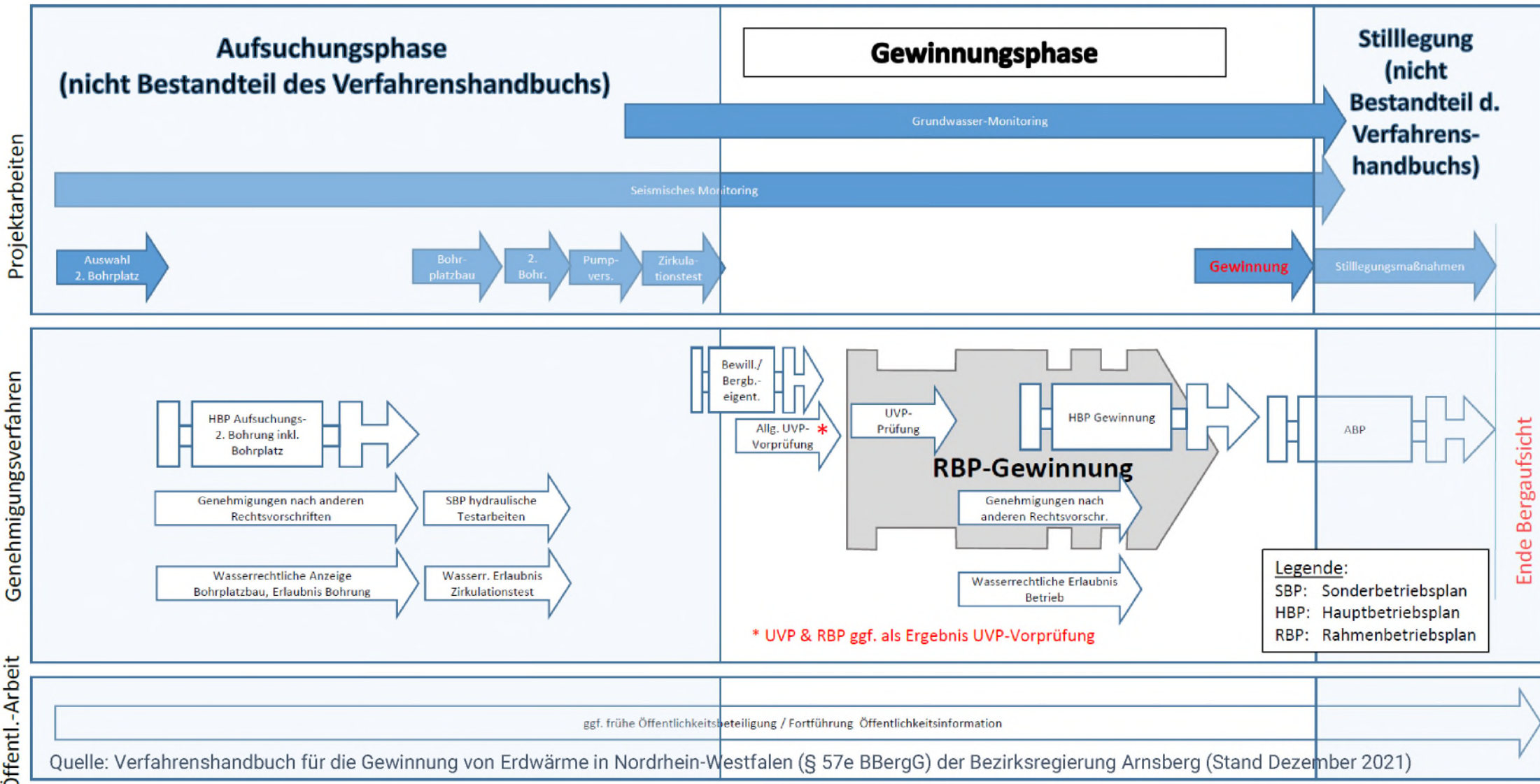
Anlage 2





# Schematischer Ablaufplan mit wichtigsten Genehmigungsverfahren

Anlage 2



# Durchgeführte Behördeninterviews

Bundesland	Behörde
Baden-Württemberg	Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB)
Bayern	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (STMWI)
Berlin/Brandenburg	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (LBGR)
Hessen	Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) und Regierungspräsidium Darmstadt (RP)
Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)
Nordrhein-Westfalen	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6
Rheinland-Pfalz	Landesamt für Geologie und Bergbau (LGB)



# Verbandspositionen

Datum	Papier / Verband
Juni 2019	„Strom und Wärme aus Tiefengeothermie“ des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.
31.08.2021	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. „Energiewende ermöglichen – 25 Vorschläge für mehr Tempo bei Planung und Genehmigung“
16.09.2022	Gemeinsames Positionspapier zur Beschleunigung des Geothermie Ausbaus vom Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e. V. (AGFW), dem Bundesverband Erneuerbare Energie e. V., dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V., dem Bundesverband Geothermie e. V. und dem Verband kommunaler Unternehmen e. V.
23.09.2022	Bundesverband Geothermie e. V.
06.03.2023	Gemeinsame Stellungnahme des Bundesverbands Geothermie e. V. und des Bundesverbands Erneuerbare Energien e. V. zur Modernisierung des Bergrechts
19.06.2023	Stellungnahme des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie e. V. zum Geothermie-Eckpunktepapier des BMWK



# Ergebnisse des Rechtsgutachtens (1/3)

1. Geothermie im Bergrecht (BBergG)
2. Abgrenzung oberflächennahe/mitteltiefe/tiefe Geothermie
3. Personalsituation (Fachkräfte, Überalterung, Einarbeitungszeit)
4. Antragsteller/Planungsbüros/Qualität
5. Verfahrensbeschleunigung durch Antragsberatung
6. Konkurrierende Berechtsamsanträge
7. Mustervorlagen/Leitfäden
8. Fördermittel/Nachweis der Leistungsfähigkeit
9. Digitalisierung



## Ergebnisse des Rechtsgutachtens (2/3)

10. TÖB-Beteiligung
11. Öffentlichkeitsbeteiligung/Transparenz/Information
12. Technische Standards
13. Vertikale Berechtsame/Abbau verschiedener Rohstoffe
14. Rahmenbetriebsplan auf Wunsch des Antragstellers/Konzentrationswirkung/Wirkung als Hauptbetriebsplan
15. Erkundungsbohrungen der öffentlichen Hand zur Förderung der Geothermie/Fündigkeitsrisiko
16. Seismik
17. Bergschäden/Haftpflicht



# Ergebnisse des Rechtsgutachtens (3/3)

- 18. Schaffung weiterer finanzieller Anreize
- 19. Zuständigkeitsumfang der Bergbehörden
- 20. Privilegierung im Außenbereich
- 21. Verkürzung von Verfahrensfristen
- 22. Rechtsschutz
- 23. Änderungen im Wasserrecht



# Ergebnis Gutachten: Geothermie im Bergrecht

- Regelungen zu Tiefengeothermie im Bergrecht sind stimmig, keine Beschleunigung durch Sonderregelung
- Klare Abgrenzung zur oberflächennahen Geothermie (< 400 m Tiefe)
  - Aktuell: Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 13.03.2024 für das Vierte Bürokratienteilungsgesetz, Art. 36 – Änderung BBergG
- Kein Beschleunigungspotential durch weitere pauschale Fristenregelungen für die Zulassungsbehörde
  - Keine Verkürzung der Beteiligung
  - Keine bloße Anzeige gegenüber der Bergbehörde



# Ergebnis Gutachten: Geothermie im Bergrecht

- Kein „Windhundprinzip“ für Berechtsamsvergabe, Qualität des Aufsuchungsprogramms als Kriterium ist bewährt
  - Möglichkeit der Präklusion für konkurrierende Anträge
- Schaffung von „Stockwerkslösungen“
  - Berechtsame mit unterschiedlichen Teufen ermöglichen
- Ergänzung der Bergbehördenzuständigkeit
  - „Verarbeitung“ der Erdwärme und
  - „verbundene“ Entscheidungen





# Ergebnis Gutachten: Beschleunigung im Verfahren

- Digitalisierung des Verfahrens („neu denken“)
  - Antragstool („BergPass“), behördeninterne Bearbeitung (BIS)
  - Gemeinsame Bearbeitung in den Behörden / Schnittstellenverminderung
- Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
  - Klare Fristenregelungen
  - Zustimmungsfiktionen möglich (Ausnahme Wasserbehörde, Standortauswahlgesetz)
- Keine Änderung der bestehenden Verfahren (zusätzliche bzw. Entfallen von Öffentlichkeitsbeteiligung)
- Ergänzung der Betriebspläne
  - Rahmenbetriebsplan mit Wirkung eines Hauptbetriebsplans
  - Hauptbetriebsplan mit „Plangenehmigungswirkung“ bzw. Konzentrationswirkung entsprechend § 13 BImSchG/ § 75 VwVfG



# Ergebnis Gutachten: Beschleunigung durch die Behörde

- Sorgfältige Personalplanung (Fachkräftemangel, absehbarer Ruhestand)
  - vorzugsweise eigenes Personal und keine Verwaltungshelfer, sonst Orientierung an Regelungen in 9. BImSchV
  - Ausstattung Bergbehörde aber auch andere Umweltbehörden
- Beratung des Antragstellers
- Bereitstellung von Mustervorlagen und Leitfäden
- Etablierung eines Standes der Technik (Bohrungen, Einsatzstoffe usw.) in Abstimmung mit anderen Bergbehörden / technischen Verbänden
  - Abweichungen nach landestypischer Geologie zulassen



# Ergebnis Gutachten: Beschleunigung durch/für den Antragsteller

- Antragsqualität
  - Viele Verzögerungen durch mangelhafte Unterlagen
  - Qualifizierte Planung und Kenntnisse beim Vorhabenträger erforderlich
- Einsatz qualifizierter Berater
  - Aber: Schaffung einer Vorlageberechtigung nicht sinnvoll
- Öffentlichkeit(sarbeit)
  - Information ist sinnvoll, sollte nicht zwingend sein
- Finanzierung / Förderung
  - Leistungsfähigkeit: Klarstellungen zu notwendigen Mitteln (mit/ohne Fördermittel)
  - Absicherung des Fündigkeitsrisikos durch die öffentliche Hand?



# Weitere Ergebnisse/Vorschläge der Gutachter

- Rechtsschutz
  - Keine Verkürzung der Verfahrensfristen in Verfahren der Geothermie
  - Keine Verkürzung des Instanzenzuges bei der Geothermie
  - Einführung des Entfalls der aufschiebenden Wirkung einer Klage
- Klarstellungen im Wasserrecht (Gewässerbenutzungen)
  - Keine Verschlechterung nach Wasserrahmenrichtlinie
  - Keine Abwasserbeseitigung
  - Zulässigkeit in Wasserschutzzonen III B denkbar
- Einführung einer verpflichtenden Versicherung
- Ausdrückliche Privilegierung im baulichen Außenbereich



# Ihre Ansprechpartner



+49 2381 92122 - 424  
+49 2381 92122 - 7023  
elgeti@wolter-hoppenberg.de

**Dr. Till Elgeti**  
Rechtsanwalt | Partner  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht



+49 541 506967 - 427  
+49 541 506967 - 6025  
dietrich@wolter-hoppenberg.de

**Dr. Lars Dietrich, LL.M.**  
Rechtsanwalt  
Master of Environmental Law (LL.M.)



+49 221 272686 - 485  
+49 221 272686 - 7028  
keller@wolter-hoppenberg.de

**Dr. Karsten Keller**  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht





**HAMM**

Telefon: +49 2381 92122-0  
Telefax: +49 2381 92122-7000

Münsterstr. 1-3  
59065 Hamm



**BERLIN**

Telefon: +49 30 26390059-0  
Telefax: +49 30 26390059-655

Bernburger Straße 32  
10963 Berlin



**KÖLN**

Telefon: +49 221 272686-0  
Telefax: +49 221 272686-955

Apostelkloster 17-19  
50672 Köln



**MÜNSTER**

Telefon: +49 251 9179988-0  
Telefax: +49 251 9179988-855

Hafenweg 14  
48155 Münster



**MÜNSTER**

Telefon: +49 251 9179988-0  
Telefax: +49 251 9179988-89

Fridtjof-Nansen-Weg 3a  
48155 Münster



**OSNABRÜCK**

Telefon: +49 541 506967-0  
Telefax: +49 541 506967-699

Möserstraße 2-3  
49074 Osnabrück

# Sitzung des Unterausschusses „Bergbausicherheit“ am 15. März 2024 im Landtag NRW in Düsseldorf

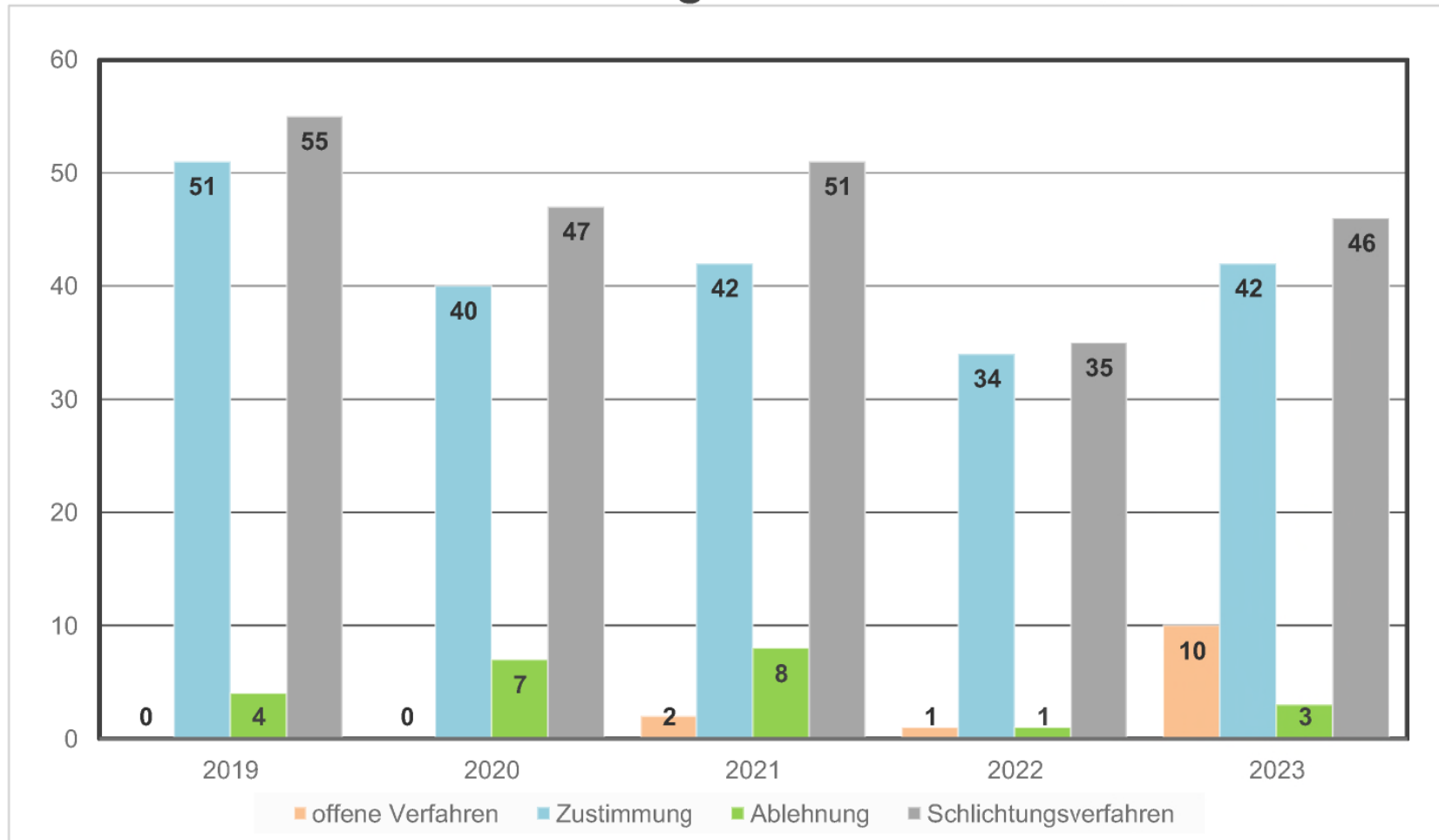
**Bericht der Schlichtungsstelle Bergschaden NRW beim  
Regionalverband Ruhr  
über die Geschäftsjahre 2019 bis 2023**

**Vortragender:**

**Leiter der Geschäftsstelle  
Jochem von der Heide**



## Übersicht der Schlichtungsverfahren von 2019 - 2023

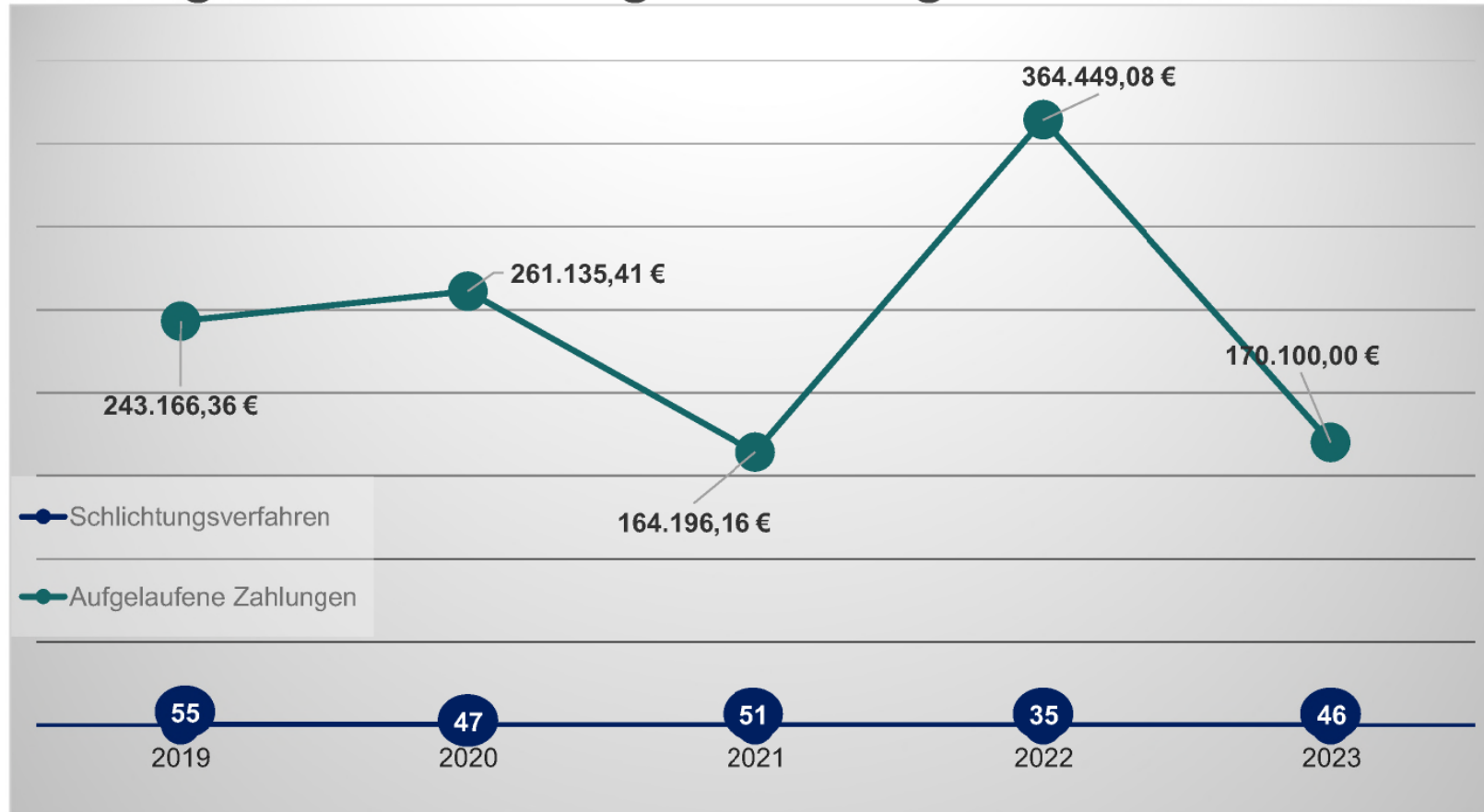


2021 wurde ein Verfahren vor der Zustimmung/Ablehnung zurückgenommen





## Aufgelaufene Zahlungen der Bergwerksunternehmen



Von 2019 bis 2023 wurden insgesamt 1.203.047,01€ durch die drei BWU ausgezahlt.



## Gesamtübersicht 2019 bis 2023

	Gesamt	Zustimmung	Ablehnung	Aufgelaufene Zahlungen	Ø Verfahrensdauer	Verfahren offen
2019	55	51	4	243.166,36 €	3 Monate	-
2020	47	40	7	261.135,41 €	5 Monate	-
2021*	51	42	8	164.196,16 €	6 Monate	2
2022	35	33	2	364.449,08 €	5 Monate	1
2023*	46	42	3	170.100,00 €		10

\*2021 wurde ein Verfahren vor der Zustimmung/Ablehnung zurückgenommen

\*2023 ist eine Zustimmung noch nicht erteilt, da der Grundbuchauszug fehlt.



## Gesamtübersicht EBV 2019 bis 2023

	Gesamt	Zustimmung	Ablehnung
2019	3	3	0
2020	6	5	1
2021	1	1	0
2022	4	3	1
2023	3	2	0
Gesamt	17	14	2



## Verfahrensbewertung

### Ortstermin

Die Verlagerung vom Verhandlungstermin verstärkt zur Verhandlung im Rahmen eines Ortstermins ist in Abstimmung mit allen Verfahrensbeteiligten intensiv fortgeführt worden.

Jahr	Aktenzeichen	Ortstermine	Prozent
2019	51	23	45 %
2020	47	20	43 %
2021	51	6	15 %
2022	35	16	45 % (inkl. EBV)
2023	46	14	30,4 % (inkl. EBV)

2021 coronabedingt weniger Ortstermine



**Übersicht Verfahren 2009-2023**

<b>Jahr</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>EBV-Verfahren</b>	<b>IBB-Verfahren</b>
2009	53	7	
2010	71	5	4
2011	110	9	4
2012	101	10	1
2013	130	1	2
2014	99	6	2
2015	121	7	3
2016	118	3	2
2017	130	9	2
2018	64	3	1
2019	55	3	3
2020	47	5	3
2021	51	3	4
2022	35	4	3
2023	46	3	
	<b>1.231</b>	<b>78</b>	<b>34</b>



## Übergang zwischen Schlichtungs- und Klageverfahren

**Schlichtungsverfahren** >>>

**Klageverfahren**

- 5 Verfahren seit dem Jahr 2009

**Klageverfahren** >>>

**Schlichtungsverfahren**

- 3 Verfahren seit dem Jahr 2009



**Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit**









# Geschäftsbericht der Schlichtungsstelle Braunkohle NRW

15.03.2024 – 10.00 Uhr

Sitzung Unterausschuss Bergbausicherheit des Ausschusses  
für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Landtag Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf



# Agenda

1. Statistische Auswertung 2010 bis 2024
2. Gesamtübersicht 2010 bis 2024
3. Verfahrensabschlüsse 2018 bis 2024
4. Lokale Verteilung angenommener Schlichtungsfälle
5. Verteilung Beisitzer Auswahl der Antragsteller aus den 5 Verbänden 2018 bis 2024
6. Verschiedenes

# Statistische Auswertung Gesamtübersicht 2010 bis 2024



Eingänge Gesamt	Positiv abgeschlossene Verfahren	Negativ Abgeschlossene Verfahren	Zurückgezogene Anträge	Offene Verfahren
279	111	102	58	8



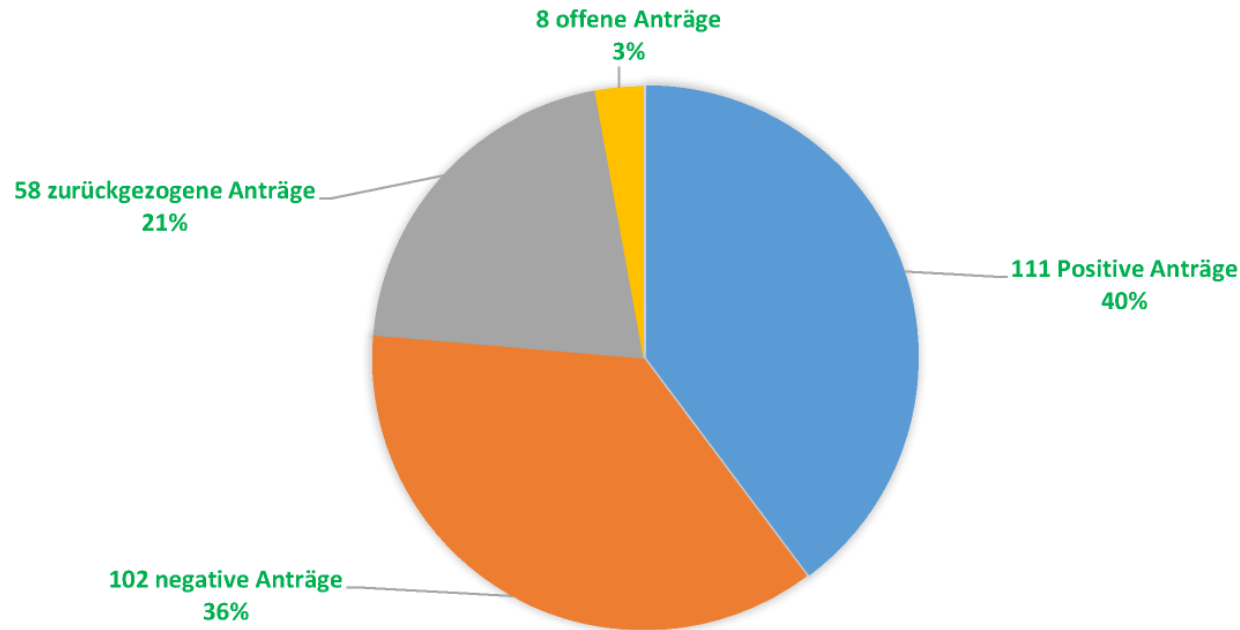
# Gesamtübersicht 2010 bis 2024

Jahr	Gesamt	Positiv	Negativ	zurückgezogen	offen
2010	6	4	2	0	0
2011	43	19	10	14	0
2012	38	20	6	12	0
2013	53	22	20	11	0
2014	19	3	8	8	0
2015	8	4	2	2	0
2016	16	5	8	3	0
2017	21	10	9	2	0
2018	15	7	7	1	0
2019	8	1	6	1	0
2020	18	8	8	2	0
2021	8	3	5	0	0
2022	15	5	6	1	3
2023	11	0	5	1	5
<b>Gesamt</b>	<b>279</b>	<b>111</b>	<b>102</b>	<b>58</b>	<b>8</b>



# Schlichtungsstelle Braunkohle NRW Schlichtungsanträge 2010 bis 2024 insgesamt 279

SCHLICHTUNGSSTELLE BRAUNKOHLE NRW  
SCHLICHTUNGSANTRÄGE 2010 BIS 2024  
INSGESAMT 279



# Verfahrensabschlüsse im Jahr 2018



**2018** wurden **13** Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 1 Verfahren aus 2014
- 1 Verfahren aus 2016
- 9 Verfahren aus 2017
- 2 Verfahren aus 2018

# Verfahrensabschlüsse im Jahr 2019



**2019** wurden **20** Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 1 Verfahren aus 2013
- 1 Verfahren aus 2014
- 1 Verfahren aus 2015
- 3 Verfahren aus 2016
- 2 Verfahren aus 2017
- 7 Verfahren aus 2018
- 5 Verfahren aus 2019

# Verfahrensabschlüsse im Jahr 2020



**2020** wurden **24** Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 5 Verfahren aus 2011
- 1 Verfahren aus 2012
- 3 Verfahren aus 2013
- 2 Verfahren aus 2014
- 1 Verfahren aus 2015
- 3 Verfahren aus 2017
- 3 Verfahren aus 2018
- 1 Verfahren aus 2019
- 5 Verfahren aus 2020



# Verfahrensabschlüsse im Jahr 2021



**2021** wurden **11** Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 1 Verfahren aus 2014
- 1 Verfahren aus 2019
- 7 Verfahren aus 2020
- 2 Verfahren aus 2021

# Verfahrensabschlüsse im Jahr 2022



**2022** wurden **15** Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 2 Verfahren aus 2017
- 2 Verfahren aus 2018
- 4 Verfahren aus 2020
- 5 Verfahren aus 2021
- 2 Verfahren aus 2022

# Verfahrensabschlüsse im Jahr 2023



**2023** wurden **5** Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 1 Verfahren aus 2019
- 1 Verfahren aus 2020
- 1 Verfahren aus 2021
- 2 Verfahren aus 2022

# Verfahrensabschlüsse im Jahr 2024



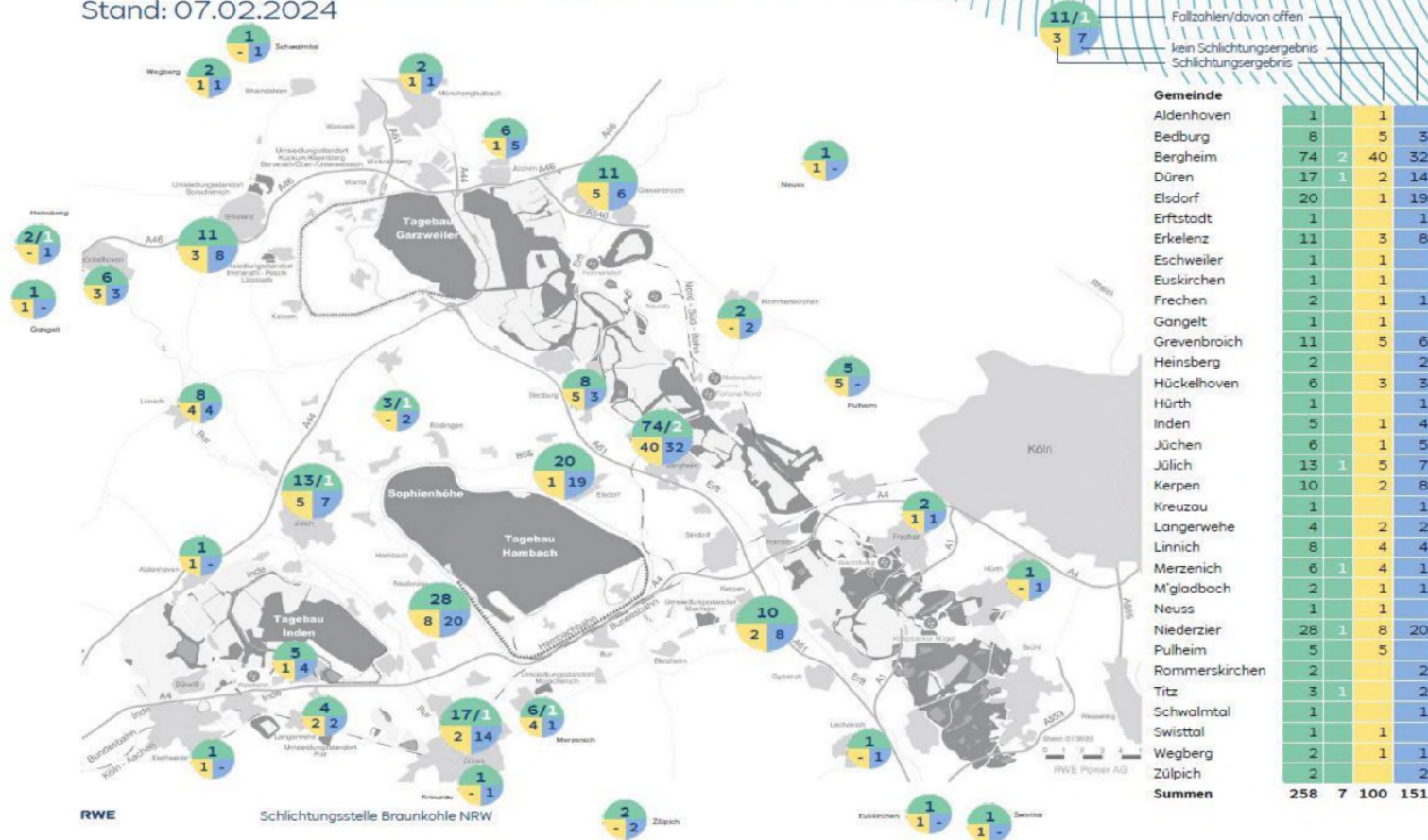
**2024** wurden 3 Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 2 Verfahren aus 2022
- 1 Verfahren aus 2023



# Fallzahlen Schlichtungsstelle Braunkohle NRW

Stand: 07.02.2024



RWE Stand 07.02.2024

# Verteilung Beisitzer Auswahl der Antragsteller aus den 5 Verbänden 2018 bis 2024



Jahr	Verband	Anzahl der Verfahren
<b>2018</b>	BgB Bürger gegen Bergschäden e.V.	3
	Netzwerk Bergbaugeschädigter e.V.	12
<b>2019</b>	BgB Bürger gegen Bergschäden e.V.	4
	Netzwerk Bergbaugeschädigter e.V.	4
<b>2020</b>	BgB Bürger gegen Bergschäden e.V.	4
	Netzwerk Bergbaugeschädigter e.V.	13
	VBHG Verband bergbaugeschädigter Haus-und Grundeigentümer e.V.	1
<b>2021</b>	BgB Bürger gegen Bergschäden e.V.	2
	Netzwerk Bergbaugeschädigter e.V.	5
	VBHG Verband bergbaugeschädigter Haus-und Grundeigentümer e.V.	1
<b>2022</b>	BgB Bürger gegen Bergschäden e.V.	1
	Netzwerk Bergbaugeschädigter e.V.	12
	RIBS Rheinische Initiative Bergschaden e.V.	2
<b>2023</b>	BgB Bürger gegen Bergschäden e.V.	2
	Netzwerk Bergbaugeschädigter e.V.	9
<b>2024</b>	XXX	XXX



# Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

Arno Bormann

Vorsitzender der Schlichtungsstelle Braunkohle NRW

Schloßstraße 20

41515 Grevenbroich

02181 – 6019002/6019003